

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr
Sitzungsnummer	EWuV/007/21-26
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 02.02.2022
Sitzungsbeginn	19:01 Uhr
Sitzungsende	20:53 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 3/Clubraum 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Bernd Stiller

Mitglieder

Herr Mark Bansemer
Herr Olaf Beisel
Herr Gunther Best
Frau Lena Binsack in Vertretung für Herrn Bernd Baier
Herr Matthias Ertl
Herr Markus Alexander Fenske in Vertretung für Frau Alexia Anders
Herr Philipp Götz
Herr Achim Güssgen-Ackva

Schriftführerin

Frau Sabrina Kohl

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Pascal Miller
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
Herr Florian Uebelacker

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
Herr Stadtrat Gerhard Bohl
Herr Stadtrat Johannes Contag
Frau Erste Stadträtin Marion Götz
Herr Stadtrat Alfons Janke
Herr Stadtrat Siegfried Köppl
Herr Stadtrat Dieter Olthoff
Herr Stadtrat Norbert Simmer
Frau Stadträtin Evelyn Weiß

Verwaltung

Frau Ann Kathrin Magic
Herr Tobias Schmidt

Ausschussvorsitzender Stiller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgerecht.

Ausschussvorsitzender Stiller schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen (Neu TOP 2). Dagegen erfolgen keine Einwände. Der Änderung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Mitteilungen der Dezernenten
1.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Elektrische Ladesäulen für Pkw und E-Bikes
1.2		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Erstellung eines kommunalen Wasserkonzepts (Bezug: DS 16-21/1787)
1.3		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Erstellung einer Gefahrenabwehrverordnung um Schutz des Trinkwassers (Bezug: DS 16-21/1786)
1.4		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Straßenlaternen in der Fritz-Reuter-Straße
1.5		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Windpark Bruchenbrücken (Bezug: DS 16-21/1124)
1.6		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Ausbau von barrierefreien Bushaltestellen
2	16-21/1751	Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) inkl. Mobilitätskonzept hier: Beschlussfassung
3	16-21/1354	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Dezember 2019, hier: Geschützter Fahrradweg Frankfurter Straße
4	16-21/1393	Antrag der CDU-Fraktion vom 04. Februar 2020; hier: Einrichtung von Photovoltaik Anlagen auf Liegenschaften der Stadt Friedberg
5	16-21/1668	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 05. Oktober 2020; hier: Radwege freihalten
6	16-21/1681	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2020; hier: Umlegung der Bundesstraße B275
7	16-21/1789	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2021; hier: 100 Prozent Klimaförderung durch das Land Hessen nutzen
8	21-26/0282	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2021; hier: Auftragsvergabe und Klimaschutz - Haushaltsbegleitbeschluss
9	21-26/0324	Erlass der Gebühren für die Außengastronomie in der Saison 2022
10		Verschiedenes
10.1		Verschiedenes; hier: Radfernweg
10.2		Verschiedenes; hier: Wirtschaftsförderung
10.3		Verschiedenes; hier: Ergänzung von Mülleimern zu den aufgestellten Aschenbechern
10.4		Verschiedenes; hier: Anbringung von Zusatzschildern mit Nummern an den Straßennamensschildern
10.5		Verschiedenes; hier: Lichtkonzept der Tunnelunterführung Richtung Fauerbach

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1.		Mitteilungen der Dezernenten
1.1.		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Elektrische Ladesäulen für Pkw und E-Bikes

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass mit dem Aufbau der elektrischen Ladesäulen für Pkws und E-Bikes in der 5.KW begonnen wurde. Die Ladesäulen stehen in Bruchenbrücken, Ossenheim und Dorheim.

Mitglied Güssgen-Ackva fragt nach, ob auch eine Aufstellung in Fauerbach geplant sei. Bürgermeister Antkowiak erläutert, dass dies derzeit nicht geplant sei, dass aber eine weitere Ladesäule in Ockstadt im Wirtschaftsplan 2023 der Stadtwerke vorgesehen ist.

1.2.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Erstellung eines kommunalen Wasserkonzepts (Bezug: DS 16-21/1787)**

Bürgermeister Antkowiak gibt Sachstandsmeldung zur Erstellung eines kommunalen Wasserkonzeptes. Am 22.03.2021 haben sich die Stadtwerke Friedberg über einen Letter of Intent (LoI) gegenüber der OVAG bereit erklärt, an der Erstellung eines kommunalen Wasserkonzeptes mit zu arbeiten.

Am 08.06.2021 haben die Stadtwerke Friedberg einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung beim Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an die OVAG gestellt.

Ein Sachstand wurde in regelmäßigen Abständen mehrfach, zuletzt am 11.01.2022 bei der OVAG angefragt.

Auskunft der OVAG: Die OVAG wartet nach wie vor auf eine Zusage der Fördermittel durch das Hess. Umweltministerium. Diese ist nunmehr seit Ende August 2021 überfällig.

Fazit: Aufgrund der im Angebot der Beratungsfirma prospektierten Laufzeit von 18 – 30 Monaten nach Beauftragung ist der vom Antragsteller vorgesehene Termin Mitte 2022 nicht zu halten.

1.3.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Erstellung einer Gefahrenabwehrverordnung um Schutz des Trinkwassers (Bezug: DS 16-21/1786)**

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken eine Gefahrenabwehrverordnung erarbeitet hat, welche derzeit beim Hessischen Städte- und Gemeindebund zur Prüfung liegt.

1.4.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Straßenlaternen in der Fritz-Reuter-Straße**

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass die Straßenlaternen in der Fritz-Reuter-Straße in Höhe Zufahrt zum Güterbahnhof bereits installiert wurden und in Betrieb sind.

1.5.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Windpark Bruchenbrücken (Bezug: DS 16-21/1124)**

Ausschussvorsitzender Stiller fragt nach dem Sachstand zum Windpark Bruchenbrücken.

Bürgermeister Antkowiak erläutert, dass in der letzten Sitzung des Magistrats der Gestattungsvertrag gemeinsam mit dem Vertragspartner EnBW final verhandelt und beschlossen wurde.

1.6.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Ausbau von barrierefreien Bushaltestellen**

Ausschussvorsitzender Stiller fragt nach dem Sachstand beim Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen.

Bürgermeister Antkowiak verweist an Herrn Schmidt aus dem Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen. Herr Schmidt teilt mit, dass aufgrund von personellen Engpässen der Ausbau derzeit nicht umsetzbar ist und man auf die Besetzung der Stelle zum Mobilitätsmanager warte.

Beschlussentwurf:

- 1) Die vorliegenden gesamtstädtischen Konzepte Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) und Mobilitätskonzept werden als Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt Friedberg beschlossen.
- 2) Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Projekte in 2021 begonnen bzw. realisiert werden können.
- 3) Der Magistrat wird beauftragt entsprechende Mittel zur Maßnahmenrealisierung in die Haushaltsberatungen 2022 und für darauf folgende Jahre einzubringen.
- 4) Der Magistrat wird beauftragt die vorgelegten Konzepte nach 5 Jahren (ab Beschlussdatum) zu evaluieren.

Mitglied Fenske lobt die Arbeit der Verwaltung und fragt nach, ob die beschlossenen Änderungen von der Verwaltung leistbar sind.

Des Weiteren beantragt er den gefassten Beschluss aus der Ausschusssitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur identisch zu übernehmen.

Mitglied P. Götz gibt zu bedenken, dass es willkürlich wirken könnte, wenn alle Maßnahmen kurzfristig durchgeführt werden sollen. Außerdem würde es die Gefahr des Scheiterns bürden, wenn es dann nicht geschafft werden würde die Maßnahmen auch in diesem Zeitraum durchzuführen.

Bürgermeister Antkowiak erläutert, dass die Kaiserstraße die höchste Priorität hat und das Geld für Planungen dafür bereits im Haushalt enthalten ist. Des Weiteren begrüßt er den Beschluss aus dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und ergänzt, dass die Durchführung der Maßnahmen durch ein intelligentes Baustellenmanagement erfolgen muss. Er weist auch darauf hin, dass bereits viele Projekte begonnen wurden z. B. am Bahnhof. Außerdem müsse man den Einzelhandel, die Wirtschaftsförderung und die Bürger mit ins Boot holen, damit für alle eine gute Lösung gefunden werden kann. Da es mehrere Anträge für den Ausbau auf der Kaiserstraße gibt, würde ein Lösungsansatz in der Verwaltung erarbeitet und anschließend als Vorlage in die Gremien gegeben.

Mitglied Ertl beantragt, dass Punkt 5 „Modernisierung und Umbau des Bahnhofs und des -umfeldes inklusive Verbindung nach Osten (Fauerbach) aus den Sach- und Rechtslagen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes gestrichen wird.

Der Vorsitzende Stiller lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 / Nein 7 / Enthaltung 0

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Außerdem beteiligten sich die Mitglieder Güssgen-Ackva und Beisel mit Wortmeldungen an der Diskussion. Am Ende der Aussprache lässt Vorsitzender Stiller über den Antrag von Mitglied Fenske, den gefassten Beschluss aus der Ausschusssitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur identisch zu übernehmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 / Nein 0 / Enthaltung 1

Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Beschluss in Abänderung:

- 1) Die vorliegenden gesamtstädtischen Konzepte Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) und Mobilitätskonzept werden als Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt Friedberg beschlossen.
- 2) Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Projekte in **2022** begonnen bzw. realisiert werden können.

- 3) Der Magistrat wird beauftragt entsprechende Mittel zur Maßnahmenrealisierung in die Haushaltsberatungen **2023** und für darauf folgende Jahre einzubringen.
- 4) Der Magistrat wird beauftragt die vorgelegten Konzepte nach 5 Jahren (ab Beschlussdatum) zu evaluieren.
- 5) Ein Radwegekonzept wird ab **2022** erstellt.
- 6) **Das Schlüsselvorhaben 5.2, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung, soll nicht kurz- bis mittelfristig, sondern kurzfristig umgesetzt werden.**
- 7) **Das Schlüsselvorhaben 5.4, Kaiserstraße, soll nicht kurz- bis mittelfristig, sondern kurzfristig umgesetzt werden.**
- 8) **Das Schlüsselvorhaben 5.8, Klimaschutzkonzept, soll nicht mittel- bis langfristig, sondern kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden**
- 9) **Das Schlüsselvorhaben 5.6, Fußgänger- und Radverkehrskonzept, soll ergänzend zum Magistratsbeschluss vom 18.01.2021 in seiner Gesamtheit nicht kurz- bis mittelfristig, sondern kurzfristig umgesetzt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

3.	16-21/1354	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Dezember 2019, hier: Geschützter Fahrradweg Frankfurter Straße
-----------	-------------------	---

Beschlussentwurf:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. In der Frankfurter Straße von Ecke Homburger Straße bis zum Elvis-Presley-Kreisel wird beidseitig ein geschützter Fahrradweg gebaut.
2. Der Qualitätsstandard soll sich nach den Qualitätsstandards für Radverbindungen und den Musterlösungen für Radverbindungen der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) des Landes Hessen richten, veröffentlicht auf der Website www.nahmobil-hessen.de.

Die Fahrradwege sollen als „geschützte“ Fahrradstreifen angelegt werden nach dem Vorschlag des ADFC in seinem Positionspapier geschützte Fahrradstreifen. (Vergl. www.adfc.de/artikel/adfc-positionspapier-geschuetzte-radfahrstreifen/)

Mitglied Fenske erläutert den Antrag und erklärt, dass es seitens der Fraktion noch Klärungsbedarf gibt. Zum einen, ob eine parallele Führung des Radweges weniger Aufwand und Kosten bedeuten würde und ob es auch die Möglichkeit gäbe, die Fahrbahn zu verkleinern ohne den Verlust der Funktionalität zu verursachen.

Aus diesen Gründen möchte er den Antrag im Ausschuss belassen, um die offenen Fragen zu klären.

An der Aussprache beteiligten sich ebenfalls mit Wortmeldung die Mitglieder Güssgen-Ackva, Binsack, Beisel, Ertl und Bansemer.

zurückgestellt

4.	16-21/1393	Antrag der CDU-Fraktion vom 04. Februar 2020; hier: Einrichtung von Photovoltaik Anlagen auf Liegenschaften der Stadt Friedberg
-----------	-------------------	--

Antragstext:

Der Magistrat der Stadt Friedberg wird beauftragt, alle städtischen Liegenschaften zu prüfen, ob eine Voraussetzung für die Installation von PV Anlagen vorhanden ist.

Es sind die Kosten für die Installation der Anlagen zu ermitteln, die Anlagengröße soll 10 KW nicht überschreiten.

Eine Aufstellung der Liegenschaften mit Kostenübersicht ist vor den Haushaltsberatungen in 2020 im Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr vorzulegen.

Bürgermeister Antkowiak erläutert, dass der Antrag am 18.11.2021 zurückgestellt wurde und derzeit verschiedene Flächen diesbezüglich geprüft werden. Als Beispielen sind der Parkplatz der Stadthalle, Gebäude der Friedberger Wohnungsbau und das BHKW am Steinernen Kreuz genannt.

Mitglied Fenske bittet den Antragssteller um Änderung des Antrages dahingehend, dass der Punkt, dass die Anlagengröße nicht 10 KW überschreiten soll, geändert wird. Er schlägt vor, dass man hinzufügen könnte, dass **die Größe so zu wählen sei, dass sie wirtschaftlich ist.**

Mitglied Beisel nimmt den Änderungswunsch auf und weist darauf hin, dass der Antrag bereits 2 Jahre alt ist.

Mitglied Bansemer beteiligt sich ebenfalls an der Aussprache und verweist auf die hohen Stromkosten der Kläranlage.

Antragstext in Abänderung:

Der Magistrat der Stadt Friedberg wird beauftragt, alle städtischen Liegenschaften zu prüfen, ob eine Voraussetzung für die Installation von PV Anlagen vorhanden ist.

Es sind die Kosten für die Installation der Anlagen zu ermitteln. **Die Anlagengröße ist so zu wählen sei, dass sie wirtschaftlich ist.**

Eine Aufstellung der Liegenschaften mit Kostenübersicht ist vor den Haushaltsberatungen **in 2022** im Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr vorzulegen.

zurückgestellt

5.	16-21/1668	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 05. Oktober 2020; hier: Radwege freihalten
-----------	-------------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert:

- Das ordnungswidrige Parken auf dem Radweg im Bereich der östlichen Saarstraße durch bauliche Maßnahmen so weit wie möglich zu verhindern.
- Die städtischen Radwege auf falsch parkende Fahrzeuge zu kontrollieren und so eine ordnungsgemäße Nutzung dieser zu ermöglichen.

Bürgermeister Antkowiak erklärt zu Punkt 1 des Antrages, dass ohne Beschluss keine bauliche Maßnahme durchgeführt wird. Des Weiteren sagt Bürgermeister Antkowiak zu, dass das Amt für Stadtentwicklung vorab prüfen wird, welche baulichen Maßnahmen möglich sind.

Zu Punkt 1 des Antrages beteiligen sich die Mitglieder Ertl, Fenske und Bansemer ebenfalls mit Wortmeldungen.

Mitglied Güssgen-Ackva regt an, dass Punkt 2 des Antrages herausgenommen wird.

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass die Radwege in regelmäßigen Abständen durch die Ordnungspolizei kontrolliert werden und teilt für den beispielhaften Zeitraum von September 2021 bis Ende Januar 2022 die Zahl der Verwarnungen mit.

Vorsitzender Stiller fragt Mitglied Binsack, ob Punkt 2 aus dem Antrag herausgenommen werden kann.

Mitglied Binsack bestätigt, dass Punkt 1 weiterhin im Ausschuss verbleiben kann und Punkt 2 des Antrages herausgenommen werden kann.

Antragstext in Abänderung:

Der Magistrat wird aufgefordert:

- Das ordnungswidrige Parken auf dem Radweg im Bereich der östlichen Saarstraße durch bauliche Maßnahmen so weit wie möglich zu verhindern.

zurückgestellt

6.	16-21/1681	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2020; hier: Umlegung der Bundesstraße B275
-----------	-------------------	---

Antragstext:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine Umlegung der B275 im Friedberger Stadtgebiet zu prüfen. Als neue Variante für die B275 ist folgender Verlauf zugrunde zu legen: ausgehend von der B3 Abfahrt Gießener Str. über Pfingstweide und Freseniusstr. zur Hauptstr. in Fauerbach (siehe Abb. 1). Es ist zu prüfen:
 - a. ob die gesamte Streckenführung der neuen Variante als Bundesstraße geeignet ist und welche Maßnahmen andernfalls erfolgen müssen, um die Eignung zu gewährleisten,
 - b. welche Kosten durch evtl. notwendige Maßnahmen für die Stadt Friedberg entstehen werden und
 - c. ob ggf. notwendige Umbaumaßnahmen an den Brückenunterführungen entlang der Strecke im Rahmen von turnusmäßigen Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden können.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, die Ergebnisse der Überprüfung bis zur ersten Stadtverordnetenversammlung in 2021 zu präsentieren.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass der Antrag an Hessen Mobil weitergeleitet worden ist und man bereits Zwischenmeldungen erhalten habe. Als letzte Meldung teilt Hessen Mobil mit, dass die Bearbeitung sehr umfänglich sei und noch dauern würde. Außerdem benötige HessenMobil die Bebauungspläne aller angrenzenden Grundstücke, die von der Stadt bereitgestellt wurden.

Die vom Ausschuss gewünschte Einladung von Hessen Mobil solle deswegen erst erfolgen, wenn Ergebnisse vorliegen.

Der Antrag verbleibt im Ausschuss und Bürgermeister Antkowiak wird regelmäßig Sachstandsmeldung machen.

zurückgestellt

7.	16-21/1789	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2021; hier: 100 Prozent Klimaförderung durch das Land Hessen nutzen
-----------	-------------------	---

Mitglied Fenske gibt zu bedenken, dass die Förderung nur noch im Jahr 2022 abgerufen werden kann und somit Handlungsbedarf besteht.

Mitglied Güssgen-Ackva regt an, dass vorab abgefragt werden soll, welche Möglichkeiten noch bestehen. Mitglied Bansemer spricht sich für den Antrag aus.

Vorsitzender Stiller fasst die Wortmeldungen zusammen und lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Projekte für Investitionen in Klimaschutz/Klimaanpassung zu benennen und die entsprechenden Fördermittel beim Land Hessen zu beantragen, die durch das Programm zur Klimaförderung und Klimaanpassung des Landes Hessen finanziert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

8.	21-26/0282	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2021; hier: Auftragsvergabe und Klimaschutz - Haushaltsbegleitbeschluss
-----------	-------------------	--

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bei Vergaben von öffentlichen Aufträgen der Stadt Friedberg und ihrer Eigenbetriebe sind neben dem Preis grundsätzlich auch Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte, wie etwa der Klimaschutz, zu berücksichtigen.

2. Bei ihren Ausschreibungen werden dazu mindestens die in Artikel 67 der europäischen Vergaberichtlinie 2014/24/EU genannten Kriterien betrachtet und gewichtet. Umweltbezogene und soziale Kriterien werden dabei grundsätzlich jeweils mindestens mit 10% gewichtet. Eine hiervon abweichende Gewichtung ist der Stadtverordnetenversammlung vor Veröffentlichung der Ausschreibung zu begründen.

Die konkrete Gewichtung für die umweltbezogenen Kriterien schlägt die mit dem Klimaschutzmanagement der Stadt beauftragte Person vor. Diese wird zudem bei der Beurteilung der Angebote mit einbezogen.

3. Die tatsächlichen (ggf. geschätzten) bzw. erwarteten Kosten oder Einsparungen im Zusammenhang mit der Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen werden im Friedberger Jahresabschluss künftig in Form einer Nebenrechnung (z.B. "Davon-Vermerk" im Erläuterungstext) ausgewiesen.

Mitglied Fenske erläutert den Antrag und bittet um Unterstützung des Antrages.

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass es im Herbst 2021 eine Gesetzesänderung gegeben habe und die Unterschwellenvergabeordnung (Bundesrecht), das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz und ein entsprechender Runderlass verabschiedet wurden, welche die Einbeziehung von sozialen und umweltbezogenen Aspekten zum Gegenstand haben, und stellt diese im Detail vor. Außerdem empfiehlt sie, Punkt 2 und 3 des Antrags aus rechtlichen Gründen bzw. Praktikabilitätsgründen im Verwaltungsvollzug zu ändern, und macht hierzu ergänzende Vorschläge. Mitglied Güssgen-Ackva stellt den Antrag, dass die Gesetzeslage des Landes Hessen angenommen werden solle.

An der Aussprache beteiligten sich ebenfalls die Mitglieder Binsack, Ertl und Beisel. Mitglied Fenske teilt mit, dass der Antrag im Ausschuss verbleiben soll und überarbeitet wird.

zurückgestellt

9.	21-26/0324	Erlass der Gebühren für die Außengastronomie in der Saison 2022
-----------	-------------------	--

Erste Stadträtin Götz erläutert die Vorlage.

Mit Wortmeldungen beteiligen sich die Mitglieder Ertl, Beisel und Fenske.

Vorsitzender Stiller lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Für die Außengastronomie in der Saison 2022 (vom 01.04. bis 15.10.2022) werden die anfallenden Sondernutzungsgebühren erlassen.
Die Antrags- und Genehmigungsverfahren bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

10. Verschiedenes

10.1. Verschiedenes; hier: Radfernweg

Vorsitzender Stiller fragt nach einer aktuellen Sachstandsmeldung. Bürgermeister Antkowiak erläutert diese.

10.2. Verschiedenes; hier: Wirtschaftsförderung

Vorsitzender Stiller fragt nach einem aktuellen Bericht der Wirtschaftsförderung. Bürgermeister Antkowiak berichtet, dass dieser bereits am kommenden Montag im Magistrat vorgelegt wird. Er sagt zu, dass dieser dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt wird.

10.3. Verschiedenes; hier: Ergänzung von Mülleimern zu den aufgestellten Aschenbechern

Mitglied Ertl teilt mit, dass einzelne in der Kaiserstraße aufgestellte Aschenbecher auch für die Entsorgung von anderem Abfall verwendet werden. Er regt an, dass zu den Aschenbechern noch Mülleimer aufgestellt werden.

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass sie am Vortag mit der Stabsstelle Sauberes Friedberg den Arbeitsschwerpunkt „Zigarettenkippen“ besprochen hat, der in der Arbeitsplanung 2022 für das 2. Halbjahr auf der Agenda steht. Vorab wurden im Herbst 2021 aus aktuellen Anlässen probeweise bereits einzelne der jetzt aufgestellten Aschenbecher installiert, um damit Erfahrungswerte zu sammeln. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Wochen und Monate (Nutzung des „Daches“ der Aschenbecher auch als Ablage z.B. für Pizzakartons und anderen Müll) wird in den nächsten Monaten noch ein anderes Aschenbechermodell ausprobiert, das keine Ablagemöglichkeit bietet. Zudem wird - ungeachtet der bereits sehr zahlreichen Mülleimer entlang der Kaiserstraße - die mögliche Installierung von Mülleimern direkt am Standort der Aschenbecher geprüft.

10.4. Verschiedenes; hier: Anbringung von Zusatzschildern mit Nummern an den Straßennamensschildern

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass er die Anfrage zur Beantwortung an das Fachamt weiterleitet.

10.5. Verschiedenes; hier: Lichtkonzept der Tunnelunterführung Richtung Fauerbach

Mitglied Ertl teilt mit, dass die Tunnelunterführung trotz Drehung der Lampen immer noch zu dunkel sei.

Bürgermeister Antkowiak kündigt eine Prüfung in Zusammenarbeit mit der Ovag Energie AG an, um festzustellen, wie viele oder ob zusätzliche Lichtmittel benötigt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt Vorsitzender Stiller die Sitzung und dankt den Anwesenden.

gez.: Stiller
(Vorsitzender)

gez.: Kohl
(Schriftführerin)